



Per Mail:

CCVS@bag.admin.ch

GEVER@bag.admin.ch

Bern, 25. September 2025

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit»

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Mit der vorliegenden Vorlage soll der Volksinitiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit» ein direkter Gegenentwurf gegenübergestellt werden. Die Volksinitiative fordert, dass der Bund die notwendigen Rahmenbedingungen schafft, um einen Mangel an wichtigen Heilmitteln und anderen wichtigen medizinischen Gütern zu verhindern. Dazu soll er Massnahmen treffen wie die Förderung von Erforschung, Entwicklung und Herstellung von wichtigen Heilmitteln in der Schweiz oder auch die Sicherstellung von zuverlässigen Lieferketten für wichtige Heilmittel sowie andere wichtige medizinische Güter.

Der Bundesrat anerkennt die Notwendigkeit einer Ausweitung der Bundeskompetenzen im medizinischen Versorgungsbereich, schlägt aber mit dem direkten Gegenentwurf ein fokussiertes Vorgehen, ausgerichtet auf die Gewährleistung der Versorgungssicherheit, vor.

Versorgungssicherheit stärken

Die Mitte geht mit dem Bundesrat einig, dass Handlungsbedarf im Bereich der Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln und wichtigen medizinischen Gütern besteht. Die Schweiz ist ein eher kleiner Markt für die Anbieter, verfügt aber über vergleichsweise hohe Anforderungen für einen Markteintritt. Verbunden mit der Abhängigkeit von internationalen Lieferketten kann dies zu Versorgungsengpässen führen, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Die Mitte ist deshalb der Ansicht, dass die Versorgungssicherheit gestärkt und die Abhängigkeit von internationalen Lieferketten reduziert werden muss, indem beispielsweise bei Versorgungsengpässen eine Flexibilisierung bei Indikation und Vergütung geprüft wird.

Grundsätzlich befürwortet Die Mitte im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, dass die Rolle und Zuständigkeiten der Kantone wie auch die der Wirtschaft berücksichtigt und gewahrt werden sollen. Dennoch begrüsst Die Mitte die Schaffung von entsprechenden Rahmenbedingungen durch den Bund, insbesondere dort, wo aktuell Lücken in der Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Wirtschaft bestehen. Oder auch dort, wo aufgrund des globalisierten Systems eigenverantwortliches Handeln der Kantone für die Beschaffung von wichtigen medizinischen Gütern für die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung wenig sinnvoll oder erfolgsversprechend ist.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Die Mitte

Sig. Philipp Matthias Bregy
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz

Die Mitte
Schweiz

Seilerstrasse 8a
Postfach
CH-3001 Bern

T 031 357 33 33
info@die-mitte.ch
die-mitte.ch